

Raupach, Hans

**Article**

## Kapital und Management in sozialistischen Volkswirtschaften

Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

**Provided in Cooperation with:**

Duncker & Humblot, Berlin

*Suggested Citation:* Raupach, Hans (1968) : Kapital und Management in sozialistischen Volkswirtschaften, Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, ISSN 0036-6234, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 88, Iss. 5, pp. 513-523, <https://doi.org/10.3790/schm.88.5.513>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/291172>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

# Kapital und Management in sozialistischen Volkswirtschaften\*

Von Hans Raupach, München

Das Problem der Effizienz der sozialistischen Wirtschaft, erst von *Pareto* und *Barone* am Anfang dieses Jahrhunderts exakt formuliert und erörtert, seit dem Beginn des „Experiments des Bolschewismus“ in den Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaftsstaaten ständig überprüft, hat im Zuge der aktuellen Bemühungen um eine Reform, d. h. Dekonzentration oder Dezentralisierung der zentralen Verwaltungswirtschaft vorwiegend einzelwirtschaftliche Aspekte gewonnen. Haben in der Periode der Befehlswirtschaft Fragen der Planungstechnik, der Preisbildung und der Erfüllungskontrolle Vorrang gehabt, so geht es heute vornehmlich um die optimale Allokation der Ressourcen in einer Welt des sich in beschleunigendem Tempo gleichsam selbstergänzenden, immer höheren Kapitaleinsatz erfordernden Fortschritts. Die Dispositionen des Managements über das einzusetzende, in der Spezialisierung zunehmend knappe Kapital in die vom Staatsplan erwünschten Bahnen zu lenken, erweist sich somit als das zentrale Problem; nicht anders als in der Marktwirtschaft bilden

1. der zweckvolle Einsatz der sachlichen Produktionsmittel auf der Grundlage der Kapitalrechnung als objektiver Vorgang und
2. die direktorialen Entscheidungen bei der Kombination von Arbeit und Kapital als subjektive Leistung den Kernprozeß der wirtschaftlichen Entwicklung.

So betrachtet, unterscheiden sich die beiden Wirtschaftssysteme vorwiegend in der Art und Weise, wie über den Einsatz von Kapital disponiert wird: Zentralisiert im Sozialismus, in dezentralisierter Form in der Marktwirtschaft.

Man braucht dabei nicht ausdrücklich von kapitalistischer Marktwirtschaft zu sprechen, weil es sich bisher als unmöglich erwiesen hat, eine funktionsfähige sozialistische Marktwirtschaft herzustellen<sup>1</sup>. Es

\* Überarbeitete Fassung eines Vortrages, gehalten am 31. 5. 1968 anlässlich eines Professoren-Kolloquiums der Adolf-Weber-Stiftung in Frankfurt/M.

<sup>1</sup> Auch das Wirtschaftssystem Jugoslawiens kann trotz seiner konkurrenzwirtschaftlichen Programmatik nicht als solche angesehen werden: Die Landwirtschaft

läßt sich deshalb die Problematik der sozialistischen Wirtschaft auch in die Frage kleiden: Lassen sich in eine Ordnung mit verstaatlichten Produktionsmitteln Instrumente der Wirtschaftslenkung und Formen des Leistungswettbewerbs einbauen, die dem Sozialismus die erstrebte Überlegenheit an Produktivität über die kapitalistische Marktwirtschaft verschaffen?

Von einer Unterlegenheit der sozialistischen Systeme in dieser Hinsicht zu reden, ist keine böswillige Ansicht westlicher Kritiker. Der sowjetische Ministerpräsident *Kossygin* selbst hat im September 1965 vor dem Parteikongreß ausgeführt, daß die sowjetische Industrie der nordamerikanischen in der Produktivität je Arbeitskraft um das 2—2<sup>1/2</sup>fache unterlegen sei. In der Landwirtschaft kann eine etwa 4fache Unterlegenheit angenommen werden. Der Rückstand der sozialistischen Länder im internationalen Vergleich ist von dem tschechischen Akademiker *V. Pavlát* offen dargestellt worden<sup>2</sup>. *Pavlát* untersucht die Chancen, ob und wann die Sowjets ihr oft verkündetes oberstes Ziel erreichen könnten, die fortgeschrittenen Staaten in der Prokopf-Produktion zu überholen, und stellt fest:

In den Jahren 1950—1959 stieg der Anteil der sozialistischen Staaten von einem Fünftel auf ein Drittel der industriellen Weltproduktion an. In jenem Jahrzehnt wuchs die industrielle Produktion des sozialistischen Lagers dreimal so schnell wie die der kapitalistischen Länder, freilich von einer niedrigen Basis ausgehend.

Auf der Grundlage dieser Entwicklung wurde sowjetischerseits die unrealistische Prognose aufgestellt, bis zum Jahre 1965 die Hälfte der kapitalistischen Industrieproduktion zu erreichen. Der bedeutende sowjetische Statistiker *S. G. Strumilin* sagte voraus, daß bis 1970 der Gleichstand erreicht werden könnte. Beide Prognosen gingen fehl. In den 60er Jahren hat sich nämlich das Tempo des Einholens sichtlich verlangsamt. Es sind nicht nur die sozialistischen Pläne vielfach nicht erfüllt worden; das Wachstumstempo einiger kapitalistischer Staaten, z. B. Japans und Italiens, hatte sich in überraschender Weise überdurchschnittlich entwickelt. *Pavlát* nennt dazu folgende Zahlen: Nach 1960 wuchs die Industrie der Sowjetunion statt um 12 %, wie geplant, nur um 8 %, die der übrigen sozialistischen Staaten statt der angesetzten 14 % um nicht mehr als 1—4 %. So kam es, daß der Anteil der sozialistischen Staaten an der industriellen Weltproduktion bis heute bei einem knappen Drittel geblieben ist. Selbst wenn das

---

wird ganz überwiegend, der Dienstleistungssektor teilweise noch privat betrieben. Vollbeschäftigung ist nicht gesichert. Der interregionale Wohlstandsausgleich erfordert zentrale Kapitalzuteilung.

<sup>2</sup> *V. Pavlát*: Die Wirklichkeit des ökonomischen Wettbewerbes. *Rudé pravo* (Prag) 9. 3. 1968.



Wachstumstempo im Sozialismus wieder um die Hälfte größer sein wurde als im Kapitalismus, könnte dennoch der Gleichstand nicht vor dem Jahre 2000 erreicht werden<sup>3</sup>.

Den entscheidenden Grund für diese Verschiebung des sozialistischen Zukunftshorizontes sieht *Pavlát* in der schnelleren Aneignung der Ergebnisse der sog. zweiten wissenschaftlich-technischen Revolution im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft, deren Tempo die sozialistischen Staaten bisher nicht erreicht haben.

Es war diese Erfahrung, die den heftigen Anstoß zum Entwurf von Reformen bildete, die in allen sozialistischen Staaten mehr oder minder konsequent ins Werk gesetzt worden sind.

Die Regierungen haben unter dem Eindruck der Argumente ihrer Wirtschaftstheoretiker begriffen, daß es nicht mehr darauf ankommt, möglichst hohe Produktionsmengen z. B. in Stahl, Kohle, Elektrizität zu erreichen oder an technischen Pionierleistungen nur in bestimmten Bereichen, z. B. in der Raumfahrt oder Atomtechnik teilzuhaben. Man hat eingesehen, daß ein Schritthalten im Fortschritt der Produktivität, gleichbedeutend mit einer angemessenen Verbesserung des Lebensstandards bei schrittweiser Verkürzung der Arbeitszeit nur zu erreichen ist, wenn Neuerungen in der ganzen Breite der technischen Entwicklung schnell und an der richtigen Stelle realisiert werden.

Das System der sozialistischen Befehlswirtschaft hatte sich als außerordentlich wirksam erwiesen in der nachholenden Anwendung bekannter Techniken bei der Erschließung brachliegender materieller und menschlicher Reserven. Es erlahmte aber bei der Aufgabe, die aus dem internationalen und dem eigenen Erfindungswesen hervorgehenden Innovationen in dem gleichen oder gar in einem schnelleren Tempo als die Marktwirtschaften einzuführen.

Wir kommen damit zu dem einleitend formulierten Kernproblem: Wie können unter den Bedingungen des Sozialismus Kapital wirksam eingesetzt und die dazu erforderlichen unternehmerischen Funktionen entfaltet werden?

Lange Zeit hat man in der sozialistischen Doktrin angenommen, daß die Fragen der Bildung und des Einsatzes von Kapital durch eine allwissende, zentrale Planung in einer jedem anderen System überlegenen Weise gelöst werden könnten. Eine Ausbalancierung von planmäßig erforderlichen Mengen im Zeitablauf der Produktion, eine vollständige Dokumentation des internationalen technischen Fort-

---

<sup>3</sup> Eingehende Analyse bei *Boretsky: Comparative Progress in Technology, Productivity and Economic Efficiency: U.S.S.R. versus U.S.A. New Directions in the Soviet Economy. Part II-A. Washington 1966.*

schritts und eine genaue Information der Zentrale über die Planausführung müßten — so meinte man — genügen, um eine optimale Entwicklung zu garantieren. Kurz gesagt: Seit *Lenin* glaubte man, daß der Produktionsablauf in einer ganzen Volkswirtschaft nach dem Modell eines einzelnen Betriebes oder eines Konzerns geregelt werden könnte.

Diese Idee ist heute noch nicht begraben — ja sie hat durch die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung und durch die Konzeption sogenannter kybernetischer Systeme neue Nahrung und Hoffnung erhalten<sup>4</sup>. Aber obwohl durch solche Adaptierungen das sozialistische Industriesystem am Leben geblieben ist und instand gesetzt wurde, wesentliche Elemente des allgemeinen technischen Fortschritts aufzunehmen, ist es nicht gelungen, sich an die Spitze der Entwicklung zu setzen — wie aus den Vergleichszahlen des Wirtschaftswachstums ersichtlich ist.

Das bedeutet: Während die Aufgabe der volkswirtschaftlichen Planung im Sozialismus im großen und ganzen in Theorie und Praxis in dem Sinne gelöst wurde, daß Produktionsfaktoren nicht mehr in allzu grobem Ausmaß fehlgeleitet werden, ist es nicht gelungen, das mikroökonomische Problem zu lösen, d. h. die zur Verfügung stehenden Mittel einzelbetrieblich mit maximaler Wirksamkeit einzusetzen.

Das Problem läßt sich in einer allgemeinen Weise, d. h. ohne auf die unabsehbare Fülle der in sowjetischen Publikationen dazu mitgeteilten Beispiele zurückzugreifen, folgendermaßen darstellen.

Der sozialistische Betrieb ist der Ort der Ausführung des Staatsplanes. Die Dezentralisierung betrieblicher Entscheidungen, der Angelpunkt aller Reformbestrebungen seit 1962, bezieht sich bisher nicht auf die Produktionsziele — diese werden nach wie vor durch den Plan gesetzt —, sondern auf die Methoden, die die Ausführung des Planes garantieren sollen, insbesondere auf die Indikatoren des Betriebserfolges, die sowohl die Anstrengungen der Beteiligten stimulieren als auch die Kontrolle der Ausführung durch die vorgesetzten Behörden ermöglichen sollen. Dabei ist die Kontrolle der rationellen Verwendung der planmäßig zugeteilten Finanzierungsmittel, durch die Filialen der Staatsbank noch immer das wirksamste Verfahren.

Im Sinne des Themas können wir als die beiden wichtigsten Orientierungspunkte in der Planausführung bezeichnen:

---

<sup>4</sup> Zur Theorie vgl. G. Kade, D. Ipsen, R. Hujer: Modellanalyse ökonomischer Systeme. Regelung, Steuerung oder Automatismus. Jahrbücher f. Nationalökonomie und Statistik, H. 1, 1968. — Über den Stand der Anwendung Hans Raupach: Sowjetwirtschaft. Theorie u. Praxis. Reinbek 1968. S. 82 ff.

1. Nach welchen Gesichtspunkten werden die Mittel für Investitionszwecke eingesetzt,
2. an welchen Daten orientiert sich das Management des sozialistischen Betriebes, wenn es diese Mittel einsetzt?

Es ist leicht vorstellbar, daß es Industrien gibt, bei denen das Kapital zweckvoll nach zentralen Richtlinien einzusetzen ist, wenn z. B. bestimmte Betriebe der Eisenhüttenindustrie zur Einführung des Blasstahlverfahrens übergehen, wenn eine Eisenbahnlinie elektrifiziert wird, wenn große Fabrikanlagen, z. B. der Petrochemie oder der Baustoffherstellung, neu errichtet werden. Das ist die eigentliche Domäne der zentralen Planung nach verhältnismäßig einfach festzulegenden technologischen Schnittmustern: Produktionen, in denen technischer Fortschritt schon wegen der Größe der Investitionen gleichsam in einmaligen großen Schritten erfolgt.

Anders liegt es bei der Planausführung in der verarbeitenden Industrie mit ihrer sich immer weiter spezialisierenden, differenzierenden Produktion. Ein Blick in eine technische Fachzeitschrift, der Besuch einer Messe auch nur einer spezialisierten Branche, z. B. der Baumaschinenmesse in München, überzeugt auch den Nichtfachmann von der kaum übersehbaren Fülle von Neuerungen, die in offenbar wachsendem Entwicklungstempo als Angebot besserer oder ganz neuer Produktionsverfahren auf den Produzenten anstürmen.

Bei der Auswahl aus diesem Angebot läßt sich der Unternehmer in der Marktwirtschaft von der Wirtschaftlichkeitsrechnung, vom Verhältnis Aufwand/Ertrag zu Knappheitspreisen lenken. Er muß kalkulieren und in seinen Absatzerwartungen auch spekulierend abwägen, welche Maschine, zu welchen Kosten, mit welcher Lebensdauer, u. U. auch mit welchem Substitutionseffekt von Kapital gegen Arbeitskraft er einzusetzen hat. Die Marktchancen entscheiden so auch letzten Endes über die Einführung neuer produktiverer, d. h. arbeitsparender Maschinen.

Dem sowjetischen Direktor steht im allgemeinen eine reiche Dokumentation des Angebots neuer Verfahren zur Verfügung — er hat aber nur begrenzte Möglichkeiten, und er wird sich häufig nicht genügend stimuliert fühlen, den ihm bekannten technischen Fortschritt autonom einzusetzen und damit die Produktivität der Volkswirtschaft zu erhöhen. Seine Möglichkeiten sind einmal deshalb begrenzt, weil er nur über einen relativ geringen Teil des Plangewinns, der selbst erwirtschafteten Mittel also disponieren kann; noch mehr aber dadurch, daß er Maschinen, die er in seinem Betrieb gern einsetzen möchte, nicht selbst auf einer Messe oder im staatlichen Großhandel kaufen kann. Er kann seinen Bedarf nur anmelden und hat zu war-



ten, bis die erwünschten Maschinen über die staatliche Verteilungsorganisation zugeteilt werden.

Selbst wenn aber bei der Verteilungsorganisation ein ausreichendes Sortiment von Maschinen zur Verfügung stünde, wäre er zwar in der Lage, den technischen, nicht aber den volkswirtschaftlichen Effekt ihres Einsatzes richtig einzuschätzen. Das liegt einfach daran, daß die Produktionsgüterpreise nach wirtschaftspolitischen Erwägungen zentral und für relativ lange Fristen festgelegt werden, somit den jeweils bestehenden Knappheitsverhältnissen der Produktionsfaktoren in der Regel nicht entsprechen können. Das ist schon deshalb unmöglich, weil über lange Fristen festgelegte Preise — und nur solche sind für die alles umfassende Planwirtschaft brauchbar — durch die technische Entwicklung, durch die ständige Veränderung der Produktionsfunktionen bereits im nächsten Augenblick überholt, „irrational“ werden können. Dem sozialistischen Betriebsdirektor fehlt also der Knappheitspreis der Produktionsfaktoren als Orientierungsmittel für ihren optimalen Einsatz.

Der Direktor ist schon durch den festgesetzten Plan-Gewinn von beispielsweise 5 v.H. des eingesetzten Kapitals verpflichtet, diese Differenz zwischen geplanten Kosten und Absatzpreisen durch Rationalisierung zu erwirtschaften; er wird ferner durch Prämien ange-regt, einen Überplan-gewinn zu erzielen. In der Gesamtheit könnte so durch ein gleichgerichtetes Verhalten aller Direktoren ein Produktivitätsfortschritt von 5 % in der Periode festgestellt werden. Aber damit wäre noch nicht gesagt, daß diese Fortschrittsrate durch Einsatz der Mittel an der richtigen Stelle erzielt wurde.

Um es an Beispielen zu illustrieren: Es könnte durch niedrig festgesetzte Preise für Baumaschinen, durch den damit ansererzten Einsatz dieser Maschinen ein Überplan-gewinn, d. h. rechnerisch ein Rationalisierungseffekt bei allen staatlichen Bauunternehmen erzielt werden — aber wenn die niedrige Preisstellung gleichzeitig dazu verleitet hat, möglichst viele Investbauten zu projektieren, die aus allen möglichen Gründen, z. B. der unpünktlichen Zulieferung, erst lange nach den angesetzten Terminen fertig werden — so hat technischer Fortschritt im einzelnen, hier in einem ganzen Wirtschaftszweig, zu Fehlinvestitionen größten Ausmaßes geführt.

Die langdauernde Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der ČSSR, die zu der jetzigen Krise des Systems geführt hat, hatte eine Ursache in der Masse derart steckengebliebener Investbauten, d. h. langfristig unproduktiv gebundener, obwohl an sich produktionssteigernder Faktoren. Das gleiche geschieht, wenn kostspielige Automationsstraßen in Betrieben als zentral eingeplanter Fortschritt ein-

geführt werden, freigesetzte Arbeitskräfte aber wegen ihrer fehlenden Mobilität oder wegen unzureichender Flexibilität des Planungsapparates an anderer Stelle nicht eingesetzt werden und brachliegen.

Wir sprachen bisher von unökonomisch eingesetztem technischen Wissen; eine andere Seite desselben Problems ist nicht rechtzeitig eingesetzter Fortschritt durch Verzögerung seitens der Direktoren. Es werden immer wieder in der Sowjetunion Fälle hervorgeholt, in denen die Einführung neuer Produkte oder Verfahren von Betriebsleitungen wider besseres Wissen unterlassen worden ist. Bis vor kurzem lag das vornehmlich am Planungsverfahren, insbesondere an den in Mengen und Bruttoproduktionswerten festgesetzten Erfolgsindikatoren der Planausführung. Dazu ein Beispiel: Ein Kfz-Werk produziert fast 10 Jahre mit Überplangewinn einen bestimmten Lkw-Typ. Management und Belegschaft erfreuen sich einer Spitzenstellung, die ihnen reichlich Prämien und Extralöhne einbringt. Seit Jahren liegt in der Schublade des Direktors aber auch der Fertigungsplan für einen technisch vollkommeneren, im Betrieb leistungsfähigeren Typ. Warum ist die neue Fertigung nicht aufgenommen worden? Man hätte neue Fertigungsstraßen montieren, Arbeitskräfte umschulen, Montage-Zulieferungen über langfristige bürokratische Umwege sichern müssen — kurz, der Betrieb hätte für längere Zeit Umstellungskosten gehabt, vielleicht Verluste, aber sicher keine Gewinnprämien eingesteckt. Kurz: Das Risiko der Neuerung war für das Management, für die ganze Belegschaft zu groß, sie unterblieb deshalb.

Das neue System der Planung und der materiellen Leistungsstimulierung — wie es seit 1965 offiziell heißt — hat an Stelle der irreführenden Bruttoproduktionsziele als Leitkriterium den Gewinn gesetzt, bezogen auf die abgesetzten und nicht wie bisher auf die produzierten Waren. Ferner haben die Betriebe ihre Neu- und Erweiterungsinvestitionen sowie Umlaufmittel aus eigenen Erträgen bzw. aus Krediten zu finanzieren. Sie sollen durch die Gesamtheit dieser Maßnahmen zu rationellen, auf ökonomische Verwendung des eingesetzten Kapitals bedachten Entscheidungen gezwungen werden.

Dieses neue Konzept der Planung verwendet uns vertraute betriebswirtschaftliche Kategorien; das führte dazu, daß im Westen diese Reformen zuweilen als Beginn einer Rückkehr zum Kapitalismus gedeutet werden.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Verbesserungen des Planungssystems, insbesondere die stärkere Berücksichtigung der Kapitalrechnung dazu beigetragen haben, das System des zentralistischen Sozialismus den Anforderungen der zweiten industriellen Revolution anzupassen, es im ganzen flexibler zu machen. Aber mit dem größeren



Respekt vor der Kapitalrechnung ist das Problem nicht gelöst, das verfügbare Kapital zu den Stellen des höchsten Ertrages fließen zu lassen.

Die Arbeitskraft ist auch in der Sowjetunion heute weitgehend mobil, d. h. trotz noch bestehender rechtlicher und tatsächlicher Restriktionen kann der einzelne bei der Wahl des Arbeitsplatzes weithin seiner Ausbildung und Neigung folgen. Der Kapitalstrom dahingegen ist nach wie vor in das Prokrustesbett der zentralen Mengenplanung gezwängt. Finanziert wird nur das, was größtenteils in Ein- und Mehrjahresplänen von oben her in Projekten festgelegt worden ist, die im Rahmen der Entwicklungsplanung des ganzen Landes in erster Linie nach den Gesichtspunkten technischer Effizienz ausgearbeitet wurden.

Die ökonomische Unvollkommenheit des in seinen technischen Leistungen oft so imponierenden Systems der Sowjetwirtschaft kann mit dem Fehlen eines Kapitalmarktes erklärt werden. In der kapitalistischen Marktwirtschaft befindet sich ein großer Teil des monetären Gegenwertes des realen Produktionskapitals in Form von Wertpapieren in der Hand des Publikums, der Banken, Versicherungen und gelegentlich des Staates. Alle anlagebereiten Ersparnisse von Haushalten und von Unternehmungen verwandeln sich in solche Forderungen gegen das Realkapital. Kapitalzins, Kalkulation und Spekulation wirken bei der Bewegung und Verwertung der Anlagepapiere zusammen. Der Kapitalmarkt ist der Ort der Wanderung des Kapitals zu seiner optimalen Allokation schlechthin.

Seitdem es Kapital gibt, ist die Stimme der Kritiker und Ankläger gegen die Herrschaft oder Anonymität des Kapitals nicht verstummt. Diese Kritik ist keine Domäne der Marxisten. Auch die Nationalsozialisten haben mit der Parole von der Brechung der Zinsknechtschaft nicht wenige auf ihre Seite gebracht. Diejenigen, die den Kapitalmarkt abschaffen wollen, sind sich aber meist darüber nicht im klaren, daß dann an seine Stelle eine andere Kraft treten muß, die den Einsatz des Kapitals lenkt. Und das kann nach den bisherigen Erfahrungen nur eine oberste Planbehörde sein. Das bedeutet, daß damit der Staat die Macht und die Verantwortung für die gesamte Investitionspolitik übernehmen muß.

Begeben wir uns wieder an die Front der Reformen in den sozialistischen Staatswirtschaften von heute. Die sog. neuen Systeme der Planung und Leistungsstimulierung sollen eine größere Entscheidungsfreiheit des sozialistischen Managements herbeiführen. Noch einmal sei nachdrücklich hervorgehoben: Es geht darum, sozialistische unternehmerische Initiative in der Realisierung des produktionswirtschaft-

lichen Fortschritts freizusetzen. Bisher ist größere Handlungsfreiheit nur im Rahmen des aufgegebenen Planes eingeräumt worden. Die Planbehörde kann jedoch die Rationalisierungsmöglichkeiten in zahlreichen Betrieben — in der Sowjetunion handelt es sich um etwa 200 000 industrielle Betriebe — im einzelnen nicht voraussehen.

Bei dem Dilemma zwischen strenger Planverbindlichkeit und der Notwendigkeit, Entscheidungen zu dezentralisieren, meldet sich auch die Finanzpolitik zu Wort: Eine elastischere Handhabung des Staatskredits soll den Betrieben mehr Spielraum verschaffen. Wohlgermerkt, es handelt sich dabei nicht nur darum, anstelle der bisher vorwiegend direkten Finanzierung durch den Staatshaushalt mehr und mehr rückzahlbare, verzinsliche Kredite zu setzen, sondern darum, den Kreditspielraum der Banken im dezentralisierten Geschäftsverkehr mit den Betrieben zu erweitern. In diesem vom Interesse der Allgemeinheit wenig beachteten Bereich scheint die vorderste Frontlinie der eigentlichen ökonomischen Reform zu verlaufen. Hier geht es um Veränderungen, die nicht nur Verbesserungen der Planungstechnik betreffen. Es genüge hier zur Kennzeichnung der Lage, aus einer Schrift des Leningrader finanz-ökonomischen Instituts zu zitieren<sup>5</sup>, in der es heißt, daß die Betriebe genügend Mittel erhalten für nichtzentralisierte Kapitalanlagen. „Jedoch mit der Verwirklichung der finanziellen Beziehungen gibt es in dieser Hinsicht noch eine Reihe von Unzulänglichkeiten. Die Erfahrung von Betrieben, die nach dem neuen System der Planung arbeiten, zeigt, daß bei ihnen eine schnelle Akkumulation von Geld für nichtzentralisierte Investitionen erfolgt, daß sie diese aber wegen des Mangels an benötigten Produktionsmitteln und Baukapazitäten nicht realisieren können. Ein Beispiel: In einer Reihe von Betrieben Leningrads wurde im Jahre 1966 der Fonds für Betriebsentwicklung aus den genannten Gründen nur zu 20—35 % ausgenutzt. Die Hemmung in der Verwirklichung der Finanzierungsmöglichkeiten der eigenen Investitionen führt unausweichlich zum Einfrieren oder zu einer weniger effizienten Nutzung der Betriebsmittel, die für die nichtzentralisierten Investitionen bestimmt sind.“

In der kapitalistischen Wirtschaft würde ein Unternehmen nicht benötigte Geldmittel direkt oder über den Kapitalmarkt verzinst dort unterbringen, wo sie für Investitionszwecke nachgefragt werden. Das ist der schon von Karl *Marx* beschriebene Mechanismus des Ausgleichs der Profitraten. Im nationalen und internationalen Rahmen der Kapitalbewegungen gleicht sich so die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals aus.

<sup>5</sup> Chozajstvennaja reforma i finansy (Wirtschaftsreform und Finanzen). Moskau 1967.

Und dieses Problem ist in allen sozialistischen Volkswirtschaften bisher nicht gelöst worden. Es hilft nicht viel, wenn man (wie in Jugoslawien) versucht, anstelle der Zentralen Staatsplanbehörde die Staatsbank und ihre Filialen mit der Finanzierung der Investitionen zu beauftragen. Entweder verhält sich dann die Bank nach geschäftlichen Gesichtspunkten, dann gibt sie das Geld rentablen Betrieben und läßt die unrentablen, sog. „politischen“ Fabriken in Konkurs gehen, oder der Staat hält diese Betriebe aus wirtschaftspolitischen Gründen aufrecht — z. B. um Arbeitsplätze um jeden Preis zu erhalten —, dann muß die Investitionsfinanzierung durch den Staatshaushalt direkt oder über die Staatsbank als Agenten erfolgen. In diesem Falle kehrt die zentrale Planwirtschaft auf dem Wege über die Staatsbank wieder in ihre ursprüngliche Rolle zurück.

Aus den Erfahrungen der sozialistischen Volkswirtschaften lassen sich einige allgemeine Lehren zur Frage der Kapitaldisposition in der fortschreitenden Industriegesellschaft gewinnen.

1. Der Anteil der Kapitalakkumulation an der Verwendung des Sozialprodukts, die Grundsätze der rationalen Kalkulation der Kapitalverwendung, der Abschreibungen und die Technik der Finanzierung sind systemneutral. Sie gehorchen weitgehend den Gesetzmäßigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung.

2. Die von Theorie und Praxis der sozialistischen Volkswirtschaften, insbesondere der Sowjetwirtschaft zugegebenen, zum Produktionsrückstand führenden Mängel des Kapitaleinsatzes liegen darin, daß die Zirkulation des Kapitals gehemmt ist und der Investitionsprozeß nur in engen Grenzen dezentralisiert werden kann.

3. Während die Mobilität der Arbeitskraft in sozialistischen Volkswirtschaften wegen der geringen Transparenz des Arbeitsmarktes zwar begrenzt, prinzipiell aber möglich ist, ist freie Bewegung des Kapitals nach dem Ort seiner größten Ergiebigkeit durch das Fehlen eines Kapitalmarktes ausgeschlossen. Die Verteilung des größten Teiles der betrieblichen Gewinne durch den Staatshaushalt kann die optimale Realisierung des technischen Fortschrittes nicht gewährleisten und lähmt die Eigeninitiative des Managements.

4. Die Überlegenheit des kapitalistischen Systems der Investitionsfinanzierung bleibt solange bestehen, als im Sozialismus nicht ein vollwertiger Ersatz für den durch den Sozialisierungsvorgang an sich aufgehobenen Kapitalmarkt geschaffen werden kann.



## Summary

### Capital and Management in Socialist Economies

The idea, that an economy can be operated by methods of central planning to realize the economic optimum like the model of a private business corporation, proved to be successful only in the first periods of ("extensive") industrialization. Growing product differentiation increased the danger of disallocation of resources. The solution of microeconomic allocation problems turned out to be most unsatisfactory. Since 1962, reforms try to decentralize decision making in the individual enterprise striving mostly for production aims planned centrally. The problem of appropriate investment and success criteria for the system's management remains unsolved.

While in sectors of the economy, where large sums of capital are needed, ex ante central planning is necessary, the problem is different in manufacturing industry. Here, an efficient selection from the abundance of continually and acceleratingly renewing technical progress can be made only with decentralized rules of efficiency, which, however, must be based on market prices. But the choice of a soviet director is limited by problems of financing and supply. He may calculate approximately the technical effect of investment, but he cannot evaluate its economic effect, since prices have been set since long and do not reflect the permanently changing relations of scarcity of resources. Besides, the certain profit from selling established products is frequently preferred to the risk of innovation.

The industrial reform of 1965 has focused on the relation of the profit from sold production and the invested capital stock. It emphasizes the importance of investment financing from enterprise profits and credit (in contrast to the usual allotment of means for investment by central authorities). A greater flexibility in fulfilling the plan can be observed, but management's investment choices are still very limited. The centrally planned supply of investment cannot keep pace with increased decentralized investment demands. The reason for the stated inferiority of socialist economies in realizing technical progress is ultimately the absence of a capital market. Its role for most investment decisions can be substituted only most imperfectly by central planning.